

## V2 Mecklenburg-Vorpommern braucht eine Nachhaltigkeitsstrategie!

Gremium: Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Schwerin  
Beschlussdatum: 03.09.2019  
Tagesordnungspunkt: 13. Verschiedene Anträge

### Antragstext

Im Gegensatz zur Bundesregierung und zu anderen Bundesländern schafft es die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern bisher nicht, sich für das eigene Handeln eine ressortübergreifende Nachhaltigkeitsstrategie zu geben. Zwar ist im Koalitionsvertrag von SPD und CDU formuliert, dass die Landesregierung beabsichtigt, eine Strategie für die nachhaltige Entwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Abstimmung zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung zu erarbeiten. Doch zwei Jahre vor Ende der Legislaturperiode deutet nichts darauf hin, dass die Landesregierung eine solche Strategie erarbeiten wird.

Andere Bundesländer sind deutlich weiter. Sie haben schon vor etlichen Jahren Nachhaltigkeitsstrategien auf den Weg gebracht. Und sie haben Indikatoren festgelegt, mit deren Hilfe nachhaltige Entwicklung überprüft werden kann. Dazu gehören zum Beispiel Biodiversität und Lebensräume, Bildung und Qualifikation, Mobilität, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Zukunftsvorsorge. Einige Bundesländer haben den Weg zur Nachhaltigkeitsstrategie in einem breiten gesellschaftlichen Dialog gestaltet und Ideen der Bürgerinnen und Bürger aufgenommen.

Aus Sicht von uns BÜNDNISGRÜNEN ist es dringend notwendig, dass die Prinzipien nachhaltigen Handelns ressortübergreifend gedacht und umgesetzt werden. Gerade das Ressortdenken und die Unfähigkeit, bei Planungsprozessen verschiedene Perspektiven einfließen zu lassen, verhindern derzeit, dass Landesentwicklung nachhaltig verläuft. Zwar erarbeiten Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern regelmäßig ein Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (zuletzt 2016), doch bildet dieses Programm keine Nachhaltigkeitsindikatoren ab. Auch sind darin zahlreiche Fragen der Nachhaltigkeit nur als mögliche Option aufgezeigt und nicht als verbindliche Vorgaben klar festgelegt.

Eine Analyse der fehlenden Nachhaltigkeit der Landesentwicklung lieferte KLÜTER (2016). In seiner Studie kommt er u.a. zu dem Ergebnis, dass die Zentralisierungspolitik der Landesregierung die ländlichen Räume stark geschwächt hat. Die Infrastruktur, vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich – so KLÜTER – sichert nicht mehr die im Grundgesetz geforderte Gleichbehandlung von Menschen ungeachtet ihrer Heimat und Herkunft (GG Art. 3).

Dass es nur einzelne Landesressorts bisher vermochten, sich Leitlinien für Nachhaltigkeitsziele zu geben (z.B. die Biodiversitätsstrategie des Landwirtschafts- und Umweltministeriums) ist für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben (u.a. Reduzierung des Klimawandels, Ressourcenverknappung, demografischer Wandel) eindeutig zu wenig. So spricht Wirtschaftsminister Glawe in einer Pressemitteilung (April 2017) allein von einer „nachhaltigen politischen Entwicklungsstrategie“, deren Kernpunkte sich im aktuellen Koalitionsvertrag widerspiegeln würden. ([https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/\\_php/download.php?datei\\_id=1586141](https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/_php/download.php?datei_id=1586141))

43 Ein solcher Ansatz basiert jedoch allein auf einem durch Kompromisse  
44 gekennzeichneten Verhandlungsergebnis der aktuellen Regierungsparteien SPD und  
45 CDU und stellt nicht das Ergebnis eines breiten gesellschaftlichen Diskurses  
46 dar.

47 Wir BÜNDNISGRÜNE sind davon überzeugt: Nur wenn wir Nachhaltigkeit als  
48 grundlegendes Prinzip unseres Handelns verstehen, können wir Mecklenburg-  
49 Vorpommern wirklich zukunftsfähig gestalten. Deshalb braucht dieses Land eine  
50 Nachhaltigkeitsstrategie,

- 51 • die messbare Indikatoren für nachhaltige Entwicklung festlegt,
- 52 • die künftig herangezogen wird, um alle Förderaktivitäten und andere  
53 Entwicklungsmaßnahmen der Landesregierung auf ihren Beitrag zur  
54 nachhaltigen Entwicklung zu überprüfen und die darüber hinaus
- 55 • eine wichtige Plattform der Kommunikation für alle gesellschaftlichen  
56 Akteure sein sollte, um gemeinsam an Lösungen und innovativen Ideen für  
57 ein nachhaltiges Mecklenburg-Vorpommern zu arbeiten.

58 Die LDK beschließt deshalb, die Landesregierung aufzufordern:

- 59 • für das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Nachhaltigkeitsstrategie zu  
60 erarbeiten, bei der die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (2017  
61 durch die Bundesregierung verabschiedet) für Mecklenburg-Vorpommern  
62 deutlich ehrgeiziger formuliert und mit messbaren Indikatoren sowie  
63 konkreten Maßnahmen hinterlegt werden.
- 64 • die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie so zu gestalten, dass sie  
65 unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als dauerhafter offener  
66 gesellschaftlicher Dialog mit Raum für Austausch, Kooperation und die  
67 Realisierung konkreter Umsetzungsmaßnahmen geführt wird.
- 68 • schon jetzt bekannte und für M-V relevante Schlussfolgerungen der  
69 Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie - dort wo die Zuständigkeit des Landes  
70 besteht - zügig in konkrete Verordnungen und Gesetze, Programme und  
71 Richtlinien umzusetzen.

72 Literatur:

73 KLÜTER (2016): Die Landwirtschaft in M-V im Vergleich mit anderen Bundesländern;  
74 Studie im Auftrag der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-  
75 Vorpommern